



Viele offene Fragen?

Wir geben in die
Zukunft weisende
Antworten.

Unser Vorschlag: Ein
Anti-Schulden
Programm von
250 Milliarden Euro



Dieter Neumann

Staatseinnahmen Staatsausgaben Staatsanierung

**www.agenda2011-2012.de
www.agenda-news.de**

Projekt - Agenda 2011 - 2012

Öffentlicher Brief an das Deutsche Parlament

Sehr geehrtes Mitglied des Bundestages

Lehrte, 21. September 2012 Die Menschen werden mit gewaltigen globalen Zahlen konfrontiert und finden keine Antworten: Billionen Schulden, Billionen-Bürgschaften für Banken und deren Schrottpapiere, für Rettungsschirme, 190 Mrd. Euro Barleistungen für den ESM, was nicht kommentiert wird, die größten Einnahmeverluste aller Zeiten. Ein trauriger Rekord für die reichste und wirtschaftsstärkste Nation in der EU und führend in der Weltspitze! Die Frage ist: Sind Renten, Spareinlagen, Arbeitsplätze noch sicher und wie sollen die Schulden abgebaut werden?

Die Staatsverschuldung betrug Ende 2011 rund 2.071 Mrd. Euro. Das Defizit im Haushalt 2012 - laut Haushaltplanung - 32 Mrd. Euro. Für 2013 wird eine Neuverschuldung von rund 18 Mrd. Euro erwartet. Hinzu kommen als Barleistung unmittelbar 22 Mrd. Euro Erstausrüstung für den ESM und mittelbar 168 Mrd. Euro. Damit ergibt sich ein Schuldenstand, der seit Anfang der 70er Jahre von 64 Mrd. DM auf 2.311 Mrd. Euro wachsen wird. Der Staat ist dann mit rund 800 Mrd. Euro überschuldet. Den Bundeshaushalten standen in den letzten 10 Jahren durchschnittlich 240 Mrd. Euro Einnahmen zur Verfügung, was dazu führte, dass zum Ausgleich der Haushalte pro Jahr rund 60 Mrd. Euro Kredite erforderlich wurden. Mit 240 Mrd. Euro kann die reichste und stärkste Wirtschaftsmacht seinen sozialen Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Im Gegenteil: In den nächsten 4 Jahren werden die Sozialausgaben um 20 Mrd. Euro gekürzt.

Seit 1970 wurden 25 Steuerarten abgeschafft. Die großen Brocken waren 1991 die Börsenumsatzsteuer und 1997 die Vermögenssteuer. 1989 betrug der Spitzensteuersatz 56 Prozent, heute 42 %, 1993 wurde die Kapitalertragssteuer von 35 auf 25 % gesenkt, 2003 lagen die Einnahmen zum Bundeshaushalt bei 276 Mrd. Euro und danach? Es fehlen rund 340 Mrd. Euro, 2005 Ausstieg aus der paritätischen Krankenkassenfinanzierung, 2010 kritisieren der Bund der Steuerzahler und der Rechnungshof zusätzliche Steuerverschwendungen - Steuerausfall 30 Mrd. Euro, 2011 betragen die Subventionen 165 Milliarden Euro, von denen ohne weiteres der Großteil zu streichen wäre (Quelle: Ifo München).

Durch den so genannten "Karussellbetrug" (MWST) entgehen dem Staat rund 60 Mrd. Euro pro Jahr und durch Steuerhinterziehung 30 Mrd. Euro. Schäuble moniert, dass der Zoll 2011 Schäden durch Schwarzarbeit von 660 Millionen Euro aufgedeckt hat, an denen 524.000 Mitarbeiter und 68.000 Arbeitgeber beteiligt waren. Den Gesamtschaden schätzt er auf 300 Milliarden Euro. Durch Produkt- und Marken-Piraterie gehen weitere 30 Mrd. Euro pro Jahr verloren. Angela Merkel beklagt öffentlich, dass bei den Finanzämtern 42.000 Sachbearbeiter fehlen, was jährliche Steuerausfälle von 30 Mrd. Euro zur Folge hat.

Vorschläge hier Korrekturen vorzunehmen bedürfen keiner weiteren Erklärung, das wird auch von der Mehrheit der Menschen im Lande so gesehen, eine Bürgerbeteiligung erscheint zwingend notwendig. Konkret hat die Initiative Agenda 2011 - 2012 unter dem Begriff „Schwerpunkthemen“ 30 Thesen aufgestellt, die über Strukturreformen dem Bundeshaushalt jährlich über 250 Mrd. Euro zuführen könnten. Die einzelnen Vorschläge sind in kurzer Form dargestellt und abrufbar. Es werden folgende Forderungen gestellt:

Das **Einkommen der Beschäftigten** bis 15.000 Euro pro Jahr ist von allen Erhöhungen bei den Lohnsteuern und Krankenkassen-/ Sozialversicherungsbeiträgen zu befreien. Bei Lohnerhöhungen ist ihnen 1 % mehr zu gewähren als den folgenden Lohngruppen. Einführung eines gesetzlich festgeschriebenen Mindestlohnes. Frauen verdienen für die gleiche Arbeit, die ihre männlichen Kollegen leisten, rund 23 Prozent weniger, eine Korrektur ist dringend erforderlich. Statt Frauenquote erst Gleichstellung bei den Löhnen und Gehältern! Es wird eine stufenweise Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42 % auf 47,5 % und bei der Reichensteuer von 45 % auf 50 % plädiert.

Arbeitsentgelte: 41 Millionen Beschäftigte erhielten 2011 rund 1.262 Mrd. Euro Arbeitsentgelt (Stat. Bundesamt). Daraus betragen die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer 161 Mrd. Euro (12,75 %). Wo ist die Differenz zum Spitzensteuersatz von 42 bzw. 45 % (inklusive 3 % Reichensteuer)? Sie wurde großzügig verteilt, hauptsächlich an Sonderabschreibungen für Besserverdiener. Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen in die Krankenkassen Fonds. Durch die einseitige Absenkung des Beitragssatzes um 0,9 % verbleiben über 10 Mrd. Euro in den Kassen der Unternehmer, die den Beschäftigten aufgebürdet werden, die ohnehin bei den Lohnzuwächsen in Europa an letzter Stelle liegen.

Wir stimmen für eine **Mindestrente** von 850 Euro pro Monat und den Rentenanspruch bis 2030 auf 50 % festzuschreiben. Gleichzeitig für eine Beitragspflicht für Pensionäre und Selbständige und deren Eingliederung in die Rentenversicherung. Viele Rententräume sind bei einer Rente von monatlich 868 Euro geplatzt, pardon 733 Euro nach Abzug der Krankenversicherung, die mit 8,2 % vom Rentner und mit 7,3 % vom Versicherungsträger finanziert wird. Wer im Jahr 2000 erstmalig eine Altersrente bezog und mindestens 35 Jahre gesetzlich rentenversichert war, erhielt im Durchschnitt 1.021 (netto 871 Euro) im Monat. 2011 lag dieser Betrag nur noch bei 953 Euro (netto 813 Euro).

Renten wegen voller Erwerbsminderung verringerten sich sogar von 738 auf 634 Euro (netto 549 Euro). „Beeinflusst wird das niedrige Rentenniveau laut einer DGB-Studie durch die wachsende Zahl instabiler und schlecht bezahlter Beschäftigungsverhältnisse.“ Wobei **Armutslöhne Armutsrenten** schaffen, Niedriglöhne und Leiharbeit noch nicht voll durchschlagen. Außerdem besteht eine große Bereitschaft bei Konzernen stärker auf Werkverträge zu setzen, was eine weitere Reduzierung der Durchschnitts-Einkommen bedeuten würde. Die Politik lässt nicht erkennen, dass sie Schritte dagegen unternehmen wird.

In den Niederlanden bekommt jeder Bürger der dort 50 Jahre gelebt hat, unabhängig von seinem bisherigen Einkommen, eine Grundrente von 1.100 Euro pro Monat, Ehepaare pro Person 746 Euro pro Monat. Bei unseren bonierten Entscheidungsträgern ist das nicht möglich!

Wir fordern die **Abschaffung der Praxisgebühren**. 2009 betragen die Zuzahlungen bei ärztlichen Behandlungen 1,502 Milliarden Euro, bei zahnärztlichen Behandlungen 375 Millionen Euro und Zuzahlungen bei Medikamenten 1,650 Milliarden Euro. Die Binnennachfrage würde sofort um diese 3,527 Milliarden Euro angekurbelt. Die Kosten sind in unserem Sanierungskonzept von über „250 Milliarden Euro“ pro Jahr enthalten und mehr als finanzierbar. Die Beschäftigten, 10 Millionen Arme, davon 6,8 Millionen Regelsatzbezieher, und Rentner würden sofort und nachhaltig entlastet (um 3,5 Mrd. Euro).

Reform der Mehrwertsteuer: Der Nettoumsatz betrug 2011 rund 5.241 Milliarden Euro. Darauf zahlten die Bürger 843 Milliarden Euro MWST. Den Unternehmen wurden 704 Milliarden Euro Vorsteuern erstattet. Die Einnahmen aus der MWST betragen 131 Mrd. Euro (destatis). Wir stimmen dafür, den Unternehmen nur noch 18% statt 19 % und statt 7 % nur noch 6 % an Vorsteuern zu erlassen. Mit diesem einen Prozent, oder 37

Milliarden Euro, kämen wir der sozialen Gerechtigkeit ein gutes Stück näher. Es herrscht die Meinung vor, dass die Verhältnismäßigkeit zwischen 7 und 19 % MWST ungerecht ist. Außerdem findet eine Bevorzugung bei den Food-Ketten statt, indem man außer Hausverkäufe mit 7 % abrechnet, der Unternehmer aber 19 % einbehält (Steuerverlust 2,130 Mrd. Euro). Eine Reform der MWST hält Schäuble politisch für - nicht durchsetzbar (ARD).

Mittelstandsförderung: Die Zahlungsmoral ist ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Wirtschaftsentwicklung eines Landes. So müssen Jahr für Jahr Tausende von Unternehmen schließen, weil ihre berechtigten Forderungen nicht fristgerecht oder überhaupt nicht beglichen werden. Aber auch in den Fällen, in denen die Existenz der Unternehmen durch die schleppenden Zahlungseingänge ihrer Gläubiger nicht direkt gefährdet ist, reichen Liquiditätseingänge aus, um Unternehmen und somit die ganze Volkswirtschaft zu schwächen (Zitat).

In Deutschland beträgt das Zahlungsziel 32 Tage plus 15 Tage Verzug. Die 47 Tage werden in vielen Fällen überschritten, auch aufgrund von Sonderkonditionen. Die Deutsche Wirtschaft hat Forderungsverluste von 2,2 %, das sind 55 Milliarden Euro, zu verkraften. Die Kapitalausstattung des Mittelstandes beträgt gemessen an den Bilanzsummen 15,1 %. Die Unternehmen benötigen 80 % Bankkredite und müssen diese mit ihrem „gesamten Besitz“ verbürgen. Fehlende liquide Mittel führen in den meisten Fällen dazu, dass eine Überschuldung nicht oder viel zu spät gemeldet wird.

Schlagen Discounter mit schnell drehenden Sortimenten ihr Lager im Jahr bis zu 52 Mal um, liegt der Lagerumschlag im Handel bei 1 bis 2 Mal. Eine Werft kann so finanzstark sein, dass sie Milliardenaufträge aus eigener Kraft oder Kredit finanziert ausführen kann. Bei fehlenden Aufträgen ist eine Insolvenz schnell möglich. Beim Handel kommt erschwerend hinzu, dass die Spannbreite der Kapitaldecke von minus 5 % bis plus 5 % liegt.

Deutschland ist eine führende Wirtschaftsmacht. Die Umsätze wachsen wieder dynamisch. Während Kapitalgesellschaften und Konzerne über eine Kapitalausstattung von 30 bis 40 % verfügen, liegt der Mittelstand und Handel auf den hinteren Plätzen zu Amerika und in Europa. Es geht darum die Produktionsdynamik des Mittelstandes zu finanzieren und Mittel für Zwischenfinanzierungen zur Verfügung zu stellen. Der Mittelstand stößt hier bei den Banken auf eine nicht zu überwindende Hürde.

Darum fordern wir, dass die Bundesregierung 55 Milliarden Euro (Summe der uneinbringbaren Forderungen) zur Verfügung stellt, verbürgt und mit 1 % über dem Leitzins verzinst (gesamt 2 %). Die Banken tragen kein Risiko und hätten einen exklusiven Kundenservice. Es steht nicht zur Diskussion, dass die so geförderten, dynamischen Unternehmen auch die zusätzliche Liquidität wieder zurückzahlen.

Bundesausbildungsförderungsgesetz: 780.000 Schüler, Schülerinnen und Studenten erhalten Bafög und zinslose Kredite. Schülerinnen und Schüler brauchen diese nicht zurückzahlen, ihre Eltern erhalten zusätzliche Freibeträge.

Studenten erhalten kostenlose Kredite, deren Rückzahlung 5 Jahre nach Beendigung des Studiums ratenweise fällig wird. Wird die Höchstsumme von 10.000 Euro in einer Rate zurückgezahlt, werden noch einmal 50 % vergütet. Der Staat ermöglicht Studenten einen späteren gesellschaftlichen Vorsprung, den dieser Personenkreis durch volle Rückzahlung der Darlehen honorieren sollte.

Börsen: Vor den jeweiligen Börsencrashes und einer nahenden Inflation haben die Goldpreise zum Höhenflug angesetzt. Das war so, als von 1999 bis 2002 der DAX von 6.958 auf 2.892 Punkte (58,43%) fiel und von 2007 bis 2008 von 8.067 auf 4.810 Punkte (40,37 %) abstürzte. Sollte der Ankauf von faulen Anleihen in unbegrenztem Umfang nicht die erhoffte Ruhe in die Märkte bringen, dürfte ein erneuter Börsencrash in diesen Größenordnungen vorprogrammiert sein. Große Kapitalströme fließen in die Börsen. Kapital aus dem Ausland, das aus den Herkunftsländern, an den Steuern vorbei, bei uns deponiert wird. Die 1991 abgeschaffte Börsenumsatzsteuer sollte wieder eingeführt werden.

Kapitalanlagen: Hunderte von Milliarden Euro haben Versicherer, Banken, Fonds, und Konzerne in Anlagen/Anleihen investiert. Sie nutzen das Geld ihrer Kunden um hohe Renditen zu erzielen. Ein Teil des Geldes ist in Gefahr, da die überschuldeten Staaten ihre Gläubiger nicht bedienen können. Fünf Schuldenstaaten haben „nur“ 3.300 Mrd. Euro Schulden, die Banken 9.200 Mrd. Euro Schulden (Ifo München).

Banken: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mehrfach eine Bankenabgabe angekündigt. Nichts ist geschehen. Der Streit ist voll entbrannt. Die Banken sollen Rücklagen von jährlich 1.2 Milliarden Euro als Risikofond zurückstellen. Dazu war allein Herr Ackermann in der Lage. Im ersten Quartal 2010 hat die Deutsche Bank nach eigenen Angaben einen Gewinn von 1,5 Milliarden Euro erzielt.

Die Deutsche Bank hat bei Sparanlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist keine oder nur geringste Zinsen gezahlt. Die Banken leihen sich bei der EZB Gelder für 0,25 % und geben sie mit Zinsen bis zu 7 % weiter (über 700 Prozent). Für Staatsanleihen werden null % Zinsen fällig, Hauptsache, die Gelder sind sicher, noch sicher angelegt. Die Banken nehmen professionell 14 bis 16 % Verzugszinsen/Überziehungsgebühren auf Girokonten und behandeln Sparer als wären ihre Einlagen gemeinnützig. Sie könnten bequem 2 % Zinsen zahlen.

Der Staat hat Banken für 800 Milliarden Euro Schrottpapiere verbürgt. Nach dem Verursacherprinzip müssten dafür die Banken haften. Es sollte dafür keine Verjährungsfrist geben. Die Banken erzielen Milliarden Gewinne und sollten jährlich 3,800 Milliarden Euro Steuern zahlen, plus die von der Union geforderten 1,2 Milliarden Euro für den Risikofond.

Wiedereinführung der Vermögenssteuer: Die deutsche Vermögensteuer ist eine Steuersubstanz, die vom Wert des Nettovermögens des Steuerpflichtigen (natürliche oder juristische Person) berechnet wird. Ihre Berechnungs-Methodik wurde 1995 vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt, daher wird sie seit 1997 nicht mehr erhoben.

In den Beratungen zum Jahressteuergesetz 1997 stellte die damalige Bundesregierung fest, dass es keinen verfassungsrechtlichen Zwang zur Abschaffung der Vermögensteuer gibt. Sie entschied, die Vermögensteuer ab 1997 nicht mehr zu erheben.

Allgemeine vermögensbezogene Steuern, z.B. Grundsteuer, erbringen in Deutschland, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zufolge, ein Aufkommen von 0,9 % vom BIP (189 Mrd. Euro).

In der EU wird die Vermögenssteuer unterschiedlich gehandhabt. So hat zum Beispiel Großbritannien, das keine Vermögensteuer im deutschen Sinne kennt, eine recht hohe Vermögensteuer im OECD-Sinn. Deutschland würde sich im Sinne der OECD sowohl rechtlich, was die Wiedereinführung der Vermögenssteuer betrifft, oder nach Maßgaben von Frankreich, Schweden, Schweiz und Luxemburg z.B. auf der sicheren Seite bewegen.

Geht man von einem Barvermögen von 5.000 Mrd. Euro aus und erhebt darauf eine Steuer von 0,6 % fließen 30 Mrd. Euro zusätzlich in die Staatskasse, an den Einnahmen sind die Länder anteilmäßig beteiligt. Darüber hinaus besteht ein Vermögen von rund 5.200 Mrd. Euro in Anlagen, wie Immobilien usw. Diese Vermögen sind zusätzlich zu besteuern.

Finanztransaktionssteuer: Seit Mai 2010 fordert die Initiative Agenda 2011 – 2012 die Einführung einer entsprechenden Steuer. Der neueste Stand: Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer wird seit Jahren in Deutschland auch von den Linken, Die Grünen und der SPD gefordert. Seit Sommer 2011 befürwortet auch die CDU/CSU die Finanztransaktionssteuer. Die FDP lehnt diese hingegen ab. Der Bundesrat hat sich im November 2011 in einer Stellungnahme für die EU-weite Einführung einer Finanztransaktionssteuer ausgesprochen, hält es jedoch für erforderlich, auf die Festlegung einheitlicher Sätze hinzuwirken.

Nach Schätzung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) z. B. lägen die Einnahmen, bei einem Steuersatz von 0,05 Prozent auf alle Finanztransaktionen, in Deutschland zwischen 0,7–1,5 Prozent des BIPs in der EU zwischen 0,9–2,1 Prozent des BIPs. In Deutschland wären dies rund 17 bis 36 Milliarden Euro, für die gesamte EU etwa 110 bis 250 Milliarden Euro. Demnach kann man von Steuereinnahmen von rund 20 Mrd. Euro ausgehen.

Neben den Vorschlägen zur Konsolidierung der Haushalte, die nach unserer Meinung nur über Strukturreformen möglich sind, stehen viele Probleme an: Die **Preise für Strom** sinken an der Strombörsen seit 2 Jahren. Eine Millionen Haushalte können ihre Stromrechnungen nicht bezahlen, wogegen Großabnehmern wahllos Rabatte eingeräumt werden. Sozialtarif lehnt Altmaier für die Betroffenen ab.

Die **Inflationsrate** droht die 2 %-Grenze zu durchbrechen, gefühlt wird eine Rate von rund 7 %. Rentner, Regelsatz-Empfänger und 30 % der unteren Einkommen wenden rund 60 % ihres Einkommens für Miete auf. Mieten und Immobilienpreise befinden sich im Höhenflug. Wer heute mit 2 % Zinsen für Darlehen baut, muss berücksichtigen, dass steigende Baupreise diesen Vorteil kompensieren. In den Großstädten sind die Preise für alles was ein Dach hat, zwischen 10 bis 60 % gestiegen. An den internationalen Börsen steigen die Preise für landwirtschaftliche Produkte, Öl, Kraftstoffe, Gas, Erze und Metalle aller Art.

Ostdeutschland braucht eine Billionen Euro: Ein neues Gutachten belegt jetzt, dass für den Osten Investitionen in Höhe von einer Billionen Euro erforderlich wären, um mit dem Westen gleichzuziehen. Die wirtschaftliche Aufholjagd zum Westen sei praktisch zum Erliegen gekommen. Die Wirtschaftsleistung je Einwohner erreicht nur 67 % des Niveaus im Westen.

Bis 2013 fehlen noch 120.000 **Krippenplätze** und 20.000 Erzieherinnen. Bei der unnötigen Bundeswehrreform sollten rund acht Mrd. Euro eingespart werden. Jetzt wird aufgesattelt. 95 % der Soldatinnen und Soldaten sind mit ihrem Status unzufrieden.

Erbschaftssteuer: Das Nettovermögen aller Haushalte betrug 2010 rund 9.434 Mrd. und dürfte Ende 2012 über 12 Billionen Euro liegen. Von 2001 bis 2010 wurden pro Jahr 248 Mrd. Euro vererbt. Von 2011 bis 2020 wird die Summe auf 305 Mrd. Euro steigen (DIA-Studie). In den nächsten 3 Jahren dürfte die Summe des zu vererbenden Barvermögens jährlich bei circa 500 Mrd. Euro liegen. Eine Steuer von 5 % könnte rund 25 Mrd. Euro in die Staatskasse bringen. Die Freibeträge sollten um 50 % zu reduziert werden.

Die **Exporte** liegen knapp über 1.000 Mrd. Euro, davon hält die Autoindustrie einen Anteil von 300 Mrd. Euro. Der Wachstumsmotor gerät ins Stottern nachdem VW seine PKW-Produktion um 160.000 Stück drosselt, wird von internationalen Spitzenmanagern ein Rückgang der europäischen PKW-Produktion bis 2013 um 20 % prognostiziert. Exporte die von den Schuldenstaaten nicht mehr bezahlt werden können hohe Lebenshaltungskosten, hohe Arbeitslosigkeit, steigende Mieten, Kraftstoff- und Energiekosten im freien Fall und steigende Inflationsraten drücken auf die Binnennachfrage unserer Nachbarn. Davon sind auch wir immer stärker betroffen.

12 Monate vor der nächsten **Bundestagswahl** sind die Kassen leer und die Perspektiven der Bürger ernüchternd. Die Parteien, mit Ihnen Ökonomen, Politologen, Wissenschaftler, Wirtschaftsleute, Lobbys, Banker, Beratern und so genannten Besserwissern, stehen den Problemen machtlos gegenüber. In den zurückliegenden Jahren wurde den Reichen mehr gegeben als erforderlich. Erst wenn sich die Finanz- und Vermögenseliten wieder angemessen an den Kosten des Staates beteiligen werden wir die Krise überwinden.

So lange die Gesetzlichen Krankenkassen als Sparkassen auftreten und über 13,7 Mrd. Euro horten, wird es auch nichts mit sozialer Gerechtigkeit. Wir fordern per Gesetz, dass diese Gelder an die Zahler zurückfließen. Jeder Euro der verbürgt, neu gedruckt oder als faule Anleihe aufgekauft wird, verschiebt und erhöht die Schulden. Der Ernst der Lage wird einem erst bewusst, wenn man erkennt, dass es nicht „einen“ Politiker bei uns, den USA, Japan und China gibt, der erkennen lässt, wie die Krise überwunden werden kann.

Deutschland steht vor einer einzigartigen Konsolidierungsaufgabe. Die Wachstumsprognosen sind rückläufig. Es bestehen keine ausreichenden und konkreten Vorschläge und Maßnahmen wie gespart und saniert werden kann. Das was vorliegt reicht nicht aus, um den Haushalt schuldenfrei zu halten. Der Schuldenspirale kann nur begegnet werden, indem wir die Indikatoren, die dazu geführt haben, korrigieren. Das heißt mehr Steuergerechtigkeit und eine stärkere Belastung der Finanz- und Vermögenseliten.

Die Initiative Agenda 2011 - 2012 ist wahrscheinlich die einzige Organisation in Europa, die der Politik ein seriöses, nachvollziehbares und nachhaltiges Konzept zur Lösung der Krise vorlegt. Wenn zu den Einnahmen des Bundeshaushaltes 2011 von rund 255 Mrd. Euro weitere 250 Mrd. Euro aus dem Sanierungsprogramm kommen sollten, kehrt Geld in die Kassen und Vertrauen in die Politik zurück.

Dieter Neumann



Agenda 2011 – 2012 Die Initiative Agenda 2011 – 2012 hat die Krisen, wie viele Andere kommen sehen. Ein intensives Studium der Staatseinnahmen, Staatsausgaben, der öffentlichen Haushalte und eine Analyse des Bruttoinlandsprodukts haben zu den Schwachstellen geführt, die in den Haushalten liegen. An Hand von 30 Schwerpunktthemen wurde ein Sanierungskonzept erarbeitet, wie es so wahrscheinlich nicht ein zweites Mal zu finden ist. Wir widmen unsere Pressearbeit der Jugend und haben politische Aufklärung in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt.

Schwerpunktthemen Sanierungssummen

Hartz-IV	3,978 Mrd. Euro
Notopfer Berlin	1,300 Mrd. Euro
Aufbau Ost, Soli	11,000 Mrd. Euro
Börsensteuer	33,600 Mrd. Euro
Banken	4,000 Mrd. Euro
Atomindustrie	5,000 Mrd. Euro
Steuerausfälle	8,000 Mrd. Euro
Gewinne Banken	1,200 Mrd. Euro
Einkommenssteuer	20,000 Mrd. Euro
Profi Sport	0,300 Mrd. Euro
Steuerverschwendung	30,900 Mrd. Euro
Pharmaindustrie	1,001 Mrd. Euro
Arbeit und Soziales	5,000 Mrd. Euro
Praxisgebühren	3,500 Mrd. Euro
Bafög	1,080 Mrd. Euro
Kindergeld	6,000 Mrd. Euro
Krankenversicherung	9,000 Mrd. Euro
Bundeswehr	3,179 Mrd. Euro
Mittelstandsförderung	1,650 Mrd. Euro
Mehrwertsteuer	39,436 Mrd. Euro
Parteispenden	0,035 Mrd. Euro
Diäten	0,005 Mrd. Euro
Vermögenssteuer	30,000 Mrd. Euro
Benzinpreise	0,189 Mrd. Euro
Subventionen	25,444 Mrd. Euro
Entwicklungshilfe	0,200 Mrd. Euro
Gewerbesteuer	0,351 Mrd. Euro
Food	2,130 Mrd. Euro
Reichensteuer	4,000 Mrd. Euro
	251.478 Mrd. Euro

Projekt - Rent an Author

Als Autor von www.agenda2011-2012.de setze ich einen meiner Schwerpunkte auf die Zusammenarbeit mit Jugendlichen, um ihnen Politik näher zu bringen.

Die Religion begleitet uns, wie unser Schatten, ein Leben lang. Geburt, Kindergarten, Schule, Berufsausbildung, Arbeitsplatz, Freundschaft, Ehe, sind wesentliche Stationen in unserem Leben. Spätestens mit der Volljährigkeit gehen wir „unsere eigenen Wege“. Glaube und Hoffnung sind die stärksten Bindungen im Leben, egal wie wir damit umgehen.

Das Kind und der Jugendliche sammeln kaum politische Erfahrungen. Die politische Welt bleibt vielen verschlossen. Es liegt daran, dass politische Ideen und Vorstellungen nur wenige interessieren und kaum vermittelbar sind. Wertvorstellungen des christlichen Lebens sind real (Ideologie), Wertvorstellungen von der Politik fiktiv. Mit den Wahlen gibt der Bürger seine Stimme einer Partei in der Hoffnung, dass die es schon „richten wird“. Dabei haben politische Entscheidungen doch zukunftsweisende Wirkung.

Die Initiative Agenda 2011 - 2012 engagiert sich in besonderem Maße in Öffentlichkeitsarbeit, um Politik besser verstehen und darstellen zu können. Dabei spielen die wechselseitigen Beziehungen zwischen Politik und Bürger eine herausragende Rolle.

In meinem Buch Agenda 2011 - 2012, Staatseinnahmen - und Staatsausgaben, habe ich die Themen protokolliert, die auf eine sozial verträgliche Haushaltssanierung, mit einem Jahresvolumen von heute über 250 Milliarden Euro, zielen. Die Arbeit stellt in diesem Sinne eine Ausnahme dar, da im Internet und der Literatur keine vergleichsweise umfassenden Antworten, aus einer Feder, zu finden sind. Gerade heute zeigt sich die Ohnmacht der Politiker mit den vielfältigen Problemen unserer Gesellschaft fertig zu werden.

Die Familien leiden in besonderem Maße unter einer Entwicklung, bei der sie die Lasten nicht mehr schultern können.

Wenn Sie mehr über Politik erfahren möchten, stehe ich gerne für Familien, Gymnasien, Studenten, Seniorengruppen, mittelständigen Unternehmen und Volkshochschulen mit einem Referat zur Verfügung.

Projekt - Sponsoring

Uns geht es wie Ihnen, wir werden immer wieder aufgerufen zu spenden. Ob Kirchen, Parteien, Hilfsorganisationen und Sportvereine, alle buhlen um Zuschüsse. Unsere Öffentlichkeitsarbeit kostet viel Geld. Unterstützung ja - aber mit Gegenleistung - ist unsere Devise. Unsere Kommunikation findet über das Internet, Blogs, Newsletter, new comments und regelmäßigen Pressemitteilungen an 50 Presseagenturen und Internet Portalen statt.

Zielgruppenspezifische Anschreiben über Post und e-Mails an 1.000 Personen des öffentlichen Interesses nehmen einen breiten Rahmen ein. Anzeigenwerbung und Flyer runden das Bild ab, sind unerlässlich, da Kommunikation ohne Werbepartner und Sponsoren nicht möglich ist. Wir partizipieren von dieser Entwicklung in dem wir preiswerte Internetwerbung anbieten

Im Mai 2010 haben wir unser Gründungsprotokoll als Buch veröffentlicht, um so unsere Arbeit urheberisch zu dokumentieren. Danach wurden jeder Arbeitsabschnitt als Pressebericht über Blogs, Presseportalen, Onlinezeitungen, auf Internetportalen und bei Facebook und Twitter veröffentlicht. Es war eine Frage der Zeit wann wir mit der eigenen Onlinezeitung in die Öffentlichkeit gehen würden.

18 % Mehrwertsteuern – 37 Milliarden Steuer-Mehreinnahmen

Publiziert am [20. Mai 2012](#) von [Dieter Neumann](#)

Lehrte, 20. Mai 2012 Auf den ersten Blick würde Adam Riese den Kopf schütteln. In der Finanzkrise gelten andere Interessen. Vor zwei Jahren hat die Initiative Agenda 2011 – 2012 der Öffentlichkeit ein Sanierungskonzept, mit einem heutigen Volumen von über 250 Mrd. Euro, vorgeschellt. Ausgangspunkt waren Staatsschulden in Höhe von 2 Billionen Euro, Bürgschaften in Billionenhöhe für Banken, deren Schrottpapiere und Rettungsschirme, so wie Billionen Einnahmeverluste. Im Mittelpunkt steht der Bundeshaushalt mit einem Etat von 255 Milliarden Euro, mit dem wir die Krisen schultern wollen.

Das vorgelegte Sanierungskonzept umfasst 30 Kernpunkte und basiert auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes, Eurostat und den Ministerien der 15 Einzelhaushalte. Es ist aus der bitteren Erkenntnis entstanden, dass die Schulden-Verursacher nicht mehr gegensteuern und die Krisen nicht beherrschen und lösen können. So viel zur Legitimation der verschiedenen Zahlenwerke und unserer Arbeit. Stellvertretend das Kapitel Mehrwertsteuern:

Der Nettoumsatz betrug 2010 rund 5.241 Milliarden Euro. Darauf zahlten die Bürger 843 Milliarden Euro MWST. Den Unternehmen wurden 704 Milliarden Euro Vorsteuern erstattet. Die Einnahmen aus der MWST betragen 131 Mrd. Euro (destatis)). Wir stimmen dafür, den Unternehmen nur noch 18 % an Vorsteuern zu erlassen. Mit diesem einen Prozent, oder 37 Milliarden Euro, kämen wir der sozialen Gerechtigkeit ein gutes Stück näher.

Das deutsche Steuerrecht ist in den vergangenen Jahren ungerechter geworden. Während insbesondere Vermögende und Unternehmen entlastet wurden, müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer mehr zur Finanzierung Öffentlicher Aufgaben beitragen. Die Arbeitgeberentgelte betragen 2000 rund 1.100 Mrd. Euro, 2010 rund 1.262 Mrd. Euro.

Es scheint so, dass sie um 162 Mrd. Euro gestiegen sind. Berücksichtigt man eine Inflationsrate von 1,1 % (14 Mrd. Euro), eine Lohsteigerung von 2,8 % (45 Mrd. Euro) und 250.000 Arbeitslose die einen neuen Job gefunden haben, liegt der Lohnzuwachs zwischen 1,2 und 1,7 %.

Die Unternehmens-/Vermögensgewinne lagen vergleichsweise 2000 bei 424 Mrd. Euro und 2010 bei 634 Mrd. Euro, und sind somit um 49,5 % gestiegen. Der private Konsum wird für 2000 mit 1.124 Mrd. Euro beziffert, 2010 sind es 1.423 Mrd. Euro. Die Konsum-Differenz von 299 Mrd. Euro wurde aus Spareinlagen oder Krediten finanziert. Die Haushalte sparen entweder, weil ihre Konsumbedürfnisse gesättigt sind (dies dürfte eine kleine Minderheit sein), oder sie sparen, um Reserven für die Risiken der Zukunft (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Altenversorgung etc.) zu haben. Je höher die Risiken sind, desto höher wird ihre Sparquote und desto geringer ihr Konsum sein.

Das Establishment, die etablierte Macht, die herrschende Schicht, das Kapital, der Kapitalismus, den die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung als Bedrohung ansieht, ist maßgeblich an dieser Entwicklung beteiligt: Sie haben kein Interesse an starker Politik, an einem starken und handlungsfähigen demokratischen Gemeinwesen, da sie sich, mit anderen Worten, „einen schwachen überschuldeten Staat leisten können“, weil sie ihr Interesse auch ohne und gegen den Staat durchzusetzen wissen. Er nützt denen, die auch dann ihr Kapital verzinsen wollen, wenn seine produktive Investition (Massenproduktion) mangels Nachfrage (Massenkaufkraft) nicht lohnend erscheint.

Sie legen ihr Geld vorzugsweise in Steueroasen an, um Quellensteuer zu sparen, investieren in Gold, Immobilien und Aktien. Die Etablierten, die einen „sicheren“ Platz innerhalb einer bürgerlichen Ordnung/Gesellschaft innehaben, bedienen sich wahl- und vorzugsweise der Politik, Ökonomen, Politologen, Volkswirte, Wissenschaftler, Wirtschaftsweisen, so genannter Experten und Beratern, um ihre Interessen durchzusetzen. Das jährliche Steuergeschenk von einer Milliarde Euro an Hoteliers ist ein negatives Beispiel und Ausdruck eines Missbehagens gegen sie alle. Der neue französische Präsident und die Parlamentspräsidentin von Litauen haben die Gehälter von Regierungsbeamten um 30 bzw. 40 Prozent gekürzt, wir um 5,7 % erhöht. Das sind die Feinheiten die Politik ausmachen, die ja die Kunst des Machbaren sein soll.

Mit ihren Wachstumstheorien, sparen, konsolidieren, nur niedrige Löhne halten uns im Wettbewerb, haben sie dazu beigetragen, oder mindestens nicht verhindert, dass der Staat heute hoffnungslos überschuldet und verbürgt ist. Die 15 Einzelhaushalte überziehen wahllos seit 20 Jahren ihre Planzahlen und benötigen jährlich zwischen 30 bis 60 Milliarden Euro Kredite, um diese auszugleichen. In den letzten 3 Jahren betrug die Neuverschuldung 412 Milliarden Euro.

Den Regierungen fehlen Konzepte, wie sie die Krisen überwinden können. Nach 20 Jahren wurde der Fiskalpakt parafiert, jetzt stellt man fest, dass Wachstumsprogramme schlicht vergessen wurden. Nach Berechnungen der Rating Agentur S&P brauchen Unternehmen in der Eurozone, Großbritannien, den USA, China und Japan in den kommenden 5 Jahren 43 bis 46 Billionen US-Dollar (33 bis 35 Billionen Euro) an frischem Geld. Allein 30 Billionen seien nötig, um bestehende Finanzierungen zu erneuern. Die restlichen 13 bis 16 Billionen Euro, als neue Schulden, würden zur Finanzierung des Wachstums benötigt. Die eklatante Geldnot von Spanien und Italien führte dazu, dass Rating Agenturen dort 23 beziehungsweise 26 Banken in der Bonität zurückgestuft haben. Das Geld in Europa wird immer teurer.

Die Ursachen der Krisen sind auch, dass Politiker per Gesetz folgende Einnahmequellen abgeschafft haben: 1989 betrug der Spitzensteuersatz 56 Prozent, heute 42 %, 1991 wurde die Börsensteuer abgeschafft, 1993 die Kapitalertragssteuer von 35 auf 25 % gesenkt, 1997 ersatzlose Streichung der Vermögenssteuer, 2003 lagen die Einnahmen zum Bundeshaushalt bei 276 Mrd. Euro und danach? Es fehlen 220 Mrd. Euro, 2005 Ausstieg aus der paritätische Krankenkassenfinanzierung, 2010 fehlen 50.000 Sachbearbeiter bei den Finanzämtern – 30 Mrd. Steuerausfall, 2010 kritisieren der Bund der Steuerzahler und der Rechnungshof zusätzliche Steuerverschwendungen – Steuerausfall 30 Mrd. Euro, 2011 betragen die Subventionen 165 Milliarden Euro, von denen ohne weiteres der Großteil zu streichen wäre (Quelle: ifo München).

Durch den so genannten “Karussellbetrug“ (MWST) entgehen dem Staat rund 60 Mrd. Euro pro Jahr und durch Steuerhinterziehung 30 Mrd. Euro. Schäuble moniert, dass der Zoll 2011 Schäden durch Schwarzarbeit von 660 Millionen Euro aufgedeckt hat, an denen 524.000 Mitarbeiter und 68.000 Arbeitgeber beteiligt waren. Den Gesamtschaden schätzt er auf 300 Milliarden Euro. Durch Produkt- und Marken-Piraterie gehen weitere 30 Mrd. Euro pro Jahr verloren. Es geht darum eine Kernsanierung der Baustellen in Europa vorzunehmen. Eine Voraussetzung ist gutes Material, ein vernünftiges Konzept und gute Mitarbeiter.

Die Initiative Agenda 2011 – 2012 hat die Krise, wie viele Andere kommen sehen. Ein intensives Studium der Staatseinnahmen, Staatsausgaben, der öffentlichen Haushalte und eine Analyse des Bruttoinlandsprodukts haben zu den Schwachstellen geführt. An Hand von 30 Schwerpunktthemen wurde ein Sanierungskonzept erarbeitet, wie es so bisher nicht zu finden ist. Es wurden Zahlen des Statistischen Bundesamtes, Eurostat und in direkter Ansprache mit Ministerien hinzugezogen. Wir widmen unsere Presseberichte der Jugend und haben Information und Aufklärung in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt.

Bereits am 20. Mai 2010 wurde der Öffentlichkeit unsere Arbeit auf der Homepage Agenda 2011 – 2012 vorgestellt. Dokumentiert sind unsere Thesen im Gründungsprotokoll, das als Sachbuch erschienen und in der Staatsbibliothek hinterlegt ist. Unsere Berichte werden über 50 Blogs, Presseagenturen und Online Zeitungen 2-mal wöchentlich verbreitet. Seit unserer Gründung wurden über 2 Millionen Seiten statistisch aufgerufen und gelesen. Es wurden über 2.000 Personen des öffentlichen Interesses, bis zu 10-mal, schriftlich über die weitere Entwicklung unserer Arbeit informiert. Wir sind aktuell und treffen den Nerv der Zeit.

Wie sich die Krisen auch entwickeln, es ist uns eine Freude einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten und Anregungen zu geben, wie sie überwunden werden können. Die Menschen jagen dem „goldenen Facebook Kalb“ nach, hoffentlich erleben sie beim ersten „Wurf“ keine Enttäuschung. Ohne eine angemessene Beteiligung aller Gesellschaftsschichten wird das nichts mit einer gesicherten Zukunft, es sei denn, unser Leitfaden wird von den Verantwortlichen aufgenommen.

Dieter Neumann



Agenda 2011 - 2012 bringt sich als außerparlamentarische Opposition in die Politik und Öffentlichkeit ein. Unser Anti-Schuldenprogramm in Höhe von 250 Milliarden Euro pro Jahr bietet Lösungsansätze, die zu schuldenfreien Haushalten und einer langfristigen Reduzierung der Staatsschulden führen. Wir analysieren aktuelle Tagesnachrichten und geben in die Zukunft weisende Antworten.

Agenda 2011 - 2012

Protokoll einer Haushalts- und Staatssanierung

Lehrte 4. September 2010 In einem kleinen Freundeskreis hatten wir uns vorgenommen, ein sozial verträgliches Konzept zum Abbau der Haushaltsdefizite und der Staatsverschuldung zu erarbeiten. Eine Voraussetzung war, dass jeder über seine Parteizugehörigkeit sprach und sein politisches Verständnis darstellte. Es wurde nach politischen Entscheidungen gesucht, die die Politik in Deutschland maßgeblich beeinflusst haben. Es waren letztlich Notstandsverordnungen, die das politische Leben prägten.

Die westlichen Alliierten haben am 8. November 1948, nach der totalen Blockade von Berlin, das Gesetz zum Notopfer Berlin erlassen. Mit einer Zusatzmarke von 2 Pfennig, auf gewisse Postsendungen, sollte den Armen und Bedürftigen geholfen werden. Das tat keinem weh und erbrachte 430 Millionen Westmark (Haushalt von Schleswig Holstein 491 Mio. DM). Das Lastenausgleichsgesetz kam den Menschen zu Gute, die im Krieg in besonderem Maße gelitten hatten. Es ging darum, die größten sozialen Missstände zu beseitigen.

Der Marshallplan sieht vor, den wirtschaftlich daniederliegenden Ländern Europas, auch den deutschen Besatzungszonen, wieder auf die Beine zu helfen. Die Hilfeleistungen der USA bestanden nicht nur aus Krediten, sondern auch aus Waren, Rohstoffen und Lebensmitteln. An der Marshall Konferenz im Juli 1947 in Paris nahmen 16 europäische Staaten teil. Die Beispiele haben eins gemein, sie haben Armen in der Not geholfen und basieren auf Notstandsverordnungen.

Auf unseren runden Tisch bezogen standen Fragen nach der Bedürftigkeit der Menschen und den "Machern" im Vordergrund, die eine Änderung herbeiführen können! Es wurde von Dezember 2009 bis Mitte März 2010 ein Rahmenprogramm erstellt, das die heutige Not unserer 11,5 Millionen Armen lindern kann, der Ausbildung unserer Kinder förderlich ist und den Ängsten der Menschen entgegen wirkt. Bei 30 Themen haben wir eine Basis gefunden der alle Beteiligten zugestimmt haben. Eine Grundlage wie maßgeschneidert für unsere Parteien.

Nun die Frage nach den Managern. Mit dem Gezänk unserer Politiker kommen wir nicht weiter und lösen keine Probleme. Mit der Abstinenz der Reichen ist dem deutschen Volke nicht geholfen. Von Mitte März bis Mitte Mai 2010 hat Agenda 2011 – 2012 ein Sanierungskonzept erarbeitet und am 22. Mai 2010 online gestellt. Mitte September 2010 erscheint das Buch als Reportage dieser Entwicklung.

Wir benötigen zur Überwindung unserer heutigen Krise Maßstäbe wie nach dem 2. Weltkrieg. Es sind Parteienübergreifende Grundsatzdebatten erforderlich, um unsere vorgeschlagene Sanierung von jährlich 75/85 Milliarden Euro für die Staatskasse zu realisieren. Wahrscheinlich läuft es darauf hinaus, dass wir um Notstandsverordnungen nicht herum kommen, so wie es die EU Griechenland verordnet hat.

Lehrte, 4. Oktober 2012 Was hat sich in den letzten zwei Jahren geändert? Zuerst die gute Nachricht, das Sanierungskonzept der Initiative Agenda 2011- 2012 hat heute ein Volumen von über 250 Mrd. Euro. Die Haushalte könnten ihre Einnahmen von 255 Mrd. Euro auf 500 Mrd. Euro erhöhen und die Staatsschulden abbauen.

Seit dem Immobiliencrash in den USA von 2008 und der folgenden Finanz- und Bankenkrise hat sich die Lage weiter verschärft. Die EU befindet sich in der Rezession, das Wirtschaftswachstum der USA, Japan und China stagniert oder ist rückläufig. Hohe Arbeitslosigkeit ist die Folge. Die Binnennachfrage sinkt, da Mieten, Preise für Grundnahrungsmittel, Kraftstoff- und Ölpreise, Rohstoffpreise kräftig gestiegen sind. Die Kaufkraft der Währungen hat stark abgenommen, die Inflationsrate liegt global über 2 Prozent.

Die Weltbank, Europäische Zentralbank und die Bundesbanken haben Instrumente zur Hand, die die Krise nicht lösen. Die EZB druckt Milliarden neue Euro, kauft faule Anleihen auf und rettet überschuldete Banken. Gemeinsam haben die Staaten kein Konzept, das erkennbar aus der Krise führt. Den Politikern, Ökonomen, Volkswirten und Wissenschaftlern fehlte der Weitblick diese Situation vorauszusehen. Keiner zog in Betracht, dass es zu einem minimal wachsenden oder rückläufigen Wachstum kommen würde.

Deutschland bietet mit den skandinavischen Ländern noch ein Bollwerk, sie werden von den Ratingagenturen noch first-class eingestuft. Auf Deutschland bezogen ist die Finanzkrise erst einmal hausgemacht. Seit Anfang der 70-er Jahre sind die Schulden kontinuierlich von 64 Mrd. DM auf 2.071 Mrd. Euro gestiegen. Um die Haushalte 2012 und 2013 auszugleichen, werden Kredite in Höhe von rund 50 Mrd. Euro fällig. Der ESM löst neben der ersten Rate von 22 Mrd. Euro weitere Barzahlungen in Höhe von 168 Mrd. Euro aus. Demnach steigt in Deutschland, gemessen an dem Referenzwert von 60 %, die „Überschuldung“ auf cirka 800 Mrd. Euro.

Es wird außer Acht gelassen, dass die Regierung Billionen-Bürgschaften für Banken und deren Schrottpapiere übernommen hat. Damit nicht genug, es entstanden in den letzten 30 Jahren die größten Einnahmeverluste aller Zeiten. Das wird von Politikern, deren Experten und Beratern seit Jahren nicht kommentiert.

Bei leeren Staatskassen liegt die Logik der Verantwortlichen darin zu sparen, sie rufen danach Sozialausgaben zu kürzen, nehmen Leiharbeit und den Niedriglohnsektor dabei billigend in Kauf. Alle wollen außerdem ihre Haushalte konsolidieren. Es liegt die Frage auf der Zunge, warum keiner danach handelt. Der Grund ist offensichtlich, dass Banken, Unternehmen und Vermögende lieber einen Euro mehr in die eigenen Taschen steckten als sie dem Beschäftigten zu geben.

Ausdruck dieser Gesinnung sind fehlende gesetzliche Mindestlöhne, die es bis auf 3 Ausnahmen in der EU gibt. Eine fehlende Grundrente, so wie sie von der SPD ins Gespräch gebracht wird. In den Niederlanden bekommt jeder Rentner der mindestens 50 Jahre im Land lebt 1.100 Euro Rente, egal ob er gearbeitet hat oder nicht! Ehepartner erhalten pro Monat je 746 Euro. Warum ist das dort möglich und bei uns nicht? Warum nur Rentner und nicht Beamte mit ihren doppelt so hohen Pensionen und diversen Zuschüssen? Finnland hat das erste Atommüll-Endlager und wir einen jahrzehntelangen Streit um die Zwischenlagerung. In der Schweiz fahren die Züge pünktlich im Halbstundentakt und bei uns?

Bei uns wird an Löhnen und Gehältern gespart. Bei den Einkommenszuwächsen liegen wir an der letzten Stelle in Europa. Gespart wird an Sozialleistungen – 20 Mrd. Euro in den nächsten 4 Jahren. Wir sind Export-Weltmeister und haben die Billionen Euro Grenze überschritten. Motor ist die Autoindustrie, die gerade bekannt gibt, dass VW seine Produktion um 150.000 PWK zurückfahren wird. Bis 2013 werden der Branche 20 Prozent minus prognostiziert. Das wird die Binnennachfrage weiter drücken.

Die den Schuldenstaaten auferlegten Sparmaßnahmen können die Länder beim besten Willen nicht erfüllen. Mieterhöhungen, Lohn- und Rentenkürzungen bis 60 Prozent, hohe Preissteigerungen bei steigender Arbeitslosigkeit sorgen für Ratlosigkeit, Unverständnis und sorgen für Unruhe, die sich auch stärker gegen Ausländer richtet, die in Demonstrationen mit Gewalt und Brutalität enden.

Deutschland ist nur ein Glied in der europäischen Kette. Die Schwachstellen sind Irland, Portugal, Griechenland, Spanien, Italien, Brüssel, England und wann folgt Deutschland? Schwachstellen sind aber auch fehlende Strukturreformen. Im Westen haben 19 % der Kinder einen Krippenplatz im Osten 50 %. Es fehlen 120.000 Krippenplätze und 20.000 Erzieherinnen.

Es werden Forderungen laut Vermögen von oben nach unten zu verteilen, oder wie der DGB in 44 Städten mit dem Slogan wirbt „Umfairteilung – Reichtum besteuern.“ Die wahrscheinlich einzige alternative in Europa bietet Agenda 2011 – 2012 indem sie Strukturreformen und eine angemessene Beteiligung der Finanz- und Vermögenseliten an den Staatskosten fordert. Sie hat gute Gründe: 250 Milliarden Euro.

Dieter Neumann

Dieter Neumann
Agenda 2011 – 2012
Agenda News
31275 Lehrte
Wintershall Allee 7
Telefon/Fax 05132-52919
info@agenda2011-2012.de
www.agenda2011-2012.de

Agenda
2011 – 2012

© Agenda 2011-2012 | Dieter Neumann | Wintershall Allee 7 | D-31275 Lehrte
www.agenda2011-2012.de | [Agenda 2011-2012 Blogs](#)
Tel: 05132-52919 | Email: info@agenda2011-2012.de | USt.-IdNr. 16-131-06189
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 55 Abs. 2 RStV: Dieter Neumann



Impressum

Anschrift	Agenda 2011 - 2012 Dieter Neumann Wintershall Allee 7 D 31275 Lehrte
Telefon	05132 52919
Telefax	05132 52919
E-Mail	info@agenda2011-2012.de
Internet	www.agenda2011-2012.de
Gegründet	2010
Umsatzsteuer- Identifikationsnummer	16-131-06189
Verantwortlicher im Sinne des § 55 Abs. 2 RStV	Dieter Neumann (Anschrift wie oben)

Webdesign

Ulrich Huck
Dienstleistungen im Bereich
Print, Multimedia, Internet
und Webdesign
31061 Alfeld
www.uhuck.de



2011-2012
Agenda®

Agenda 2011 - 2012
31275 Lehrte
Wintershall Allee 7
Telefon/Fax 05132-52919
info@agenda2011-2012.de
www.agenda2011-2012.de

2011-2012
Agenda®

AGENDA®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

AGENDA®
2011-2012

agenda

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

AGENDA®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

2011-2012
AGENDA®

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

AGENDA®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

AGENDA®
2011-2012

agenda

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

AGENDA®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

Agenda®
2011-2012

AGENDA®
2011-2012

agenda